

# Samstag

## Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch den Postweg beträgt 1.40 Reichsmark, durch Ausgabehändler ohne Befreiung 1.40 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 40 Pfennige Zustellgebühr. Einmal Aus in jeder Nummer: zehn über vorwärts. Die Fingerringe werden nach Kolonial-Verfahren hergestellt: die Größe 0.5 Reichsmark.

Die Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung“ erscheinen, bedürfen Genehmigung. Verlagsbüro, 60a Hauptstraße, Halle. Druckerei: „Gesellschaft für Druck- und Verlagswesen“, Halle. Druckerei: „Gesellschaft für Druck- und Verlagswesen“, Halle. Druckerei: „Gesellschaft für Druck- und Verlagswesen“, Halle.

### Neues in Kürze.

Drachmenschmuggel und Radiotelegramme.



Demission des polnischen Generalstabschefs Haller. Stanislaus Haller, der Chef des polnischen Generalstabes, hat seine Demission eingereicht.

Der Reichspräsident v. Hindenburg hat seinen Gehurtsort auf dem Lande verbracht, um sich allen Annehmlichkeiten zu erlassen. Nicht einmal der Ort seines Aufenthaltes war bekanntgegeben. Die Liebe seines Volkes, und die Achtung des Auslandes sprach sich in den zahllosen Glückwünschsadressen aus, die an seinem Amtsstuhl eintrafen.

Wegen Verurteilung militärischer Geheimnisse an Frankreich verurteilte das Reichsgericht den Kaufmann Paul Hoffmann aus Berlin, den Kaufmann Werner Hof und Kurt Werner aus Mainz zu 12, 9 und 4 Jahren Zuchthaus, den ehemaligen Geheime Rat August Grube aus Mainz zu vier Jahren Gefängnis.

Gestern hat in der Reichstagshalle eine Beratung der Staats- und Ministerpräsidenten der Länder, die von ihren Finanzministern begleitet waren, begonnen. Gegenstand der Besprechung war die Notwendigkeit von Erparnissen in den Ländern und Gemeinden.

Die gestern früh eingehende verhängte Polizeiverordnung gegen die Lebensmittelhändler in Berlin hatte bis Mittag in der Reichsstraße Strafen zur Sühnung von zwei Geschäften geführt, die höhere Preise als am Vortage gefordert hatten. Bisher sind über 300 Kriminalbeamte dem Polizeikommando zugewiesen worden, für die die Städte Freiburg und gleiche verhängte Polizeimaßnahmen für die nächsten Tage zu erwarten.

Freitag früh haben die Gewerkschaften zum Preisabbau Stellung genommen. Einleitend wurde folgende Entschliessung angenommen: „Das Preisabbauverprechen des Kaisers vom 1. Oktober ist nicht erfüllt worden. Der Vorkampft hat jetzt zu beginnen, um die Anpassung der Löhne an die Lernerzeugung zu erreichen.“ Natürlich die Gewerkschaften denken; nur nicht unsere feste Organisation für den Preisabbau einlegen, sondern gleich hinein in den Wirtschaftskampf, was werden, was will.

Am 1. Oktober ist der Zusammenschluß der Abteilung Post, Telegraphen- und Fernsprechnetz des Deutschen Verkehrsverbundes mit dem Allgemeinen Deutschen Postvereinsvertrag erfolgt. Damit ist, wie der „Vorwärts“ erklärt, nach der Verschmelzung der Eisenbahnen auch die Zusammenfassung der freigewerkschaftlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten der Post in einer Organisation vollzogen.

Die Mitglieder der polnischen Handelsvertragsdelegation sind zur Fortsetzung der unterbrochenen Verhandlungen mit neuen Missionen nach Berlin zurückgekehrt. Man hofft, daß Polen angesichts seiner zunehmenden Wirtschaftsnöte jetzt entgegenkommender sein wird.

Die Londoner „Daily Mail“ meldet aus Washington, die Regierung hat die Ausgabe von Postanweisungen in Höhe von 350 Millionen Pfund zugesagt. Die Ausgabe von Postanweisungen ist die Erwartung, daß die Postanweisungen den Deutschenmangel eingestrichelt werden.

Nach spanischen Meldungen ist Madrid, die Hauptstadt von Andalusien, von den spanischen Truppen besetzt worden. Die Franzosen machen weiterhin Fortschritte ihrer Truppen und bestreiten den Oberlauf der Rivièra. Die Befreiung der Provinz von Tetuan und die dortige beschränkte Lage dauert an.

### Deutsche Verlautbarung zur Kriegsschuldfrage.

Von unterrichteter Seite wird über die Aufstellung der Reichsregierung zur letzten Entschließung der Kriegsschuldfrage u. a. mitgeteilt: Die Auffassung, daß die in Paris, London, Brüssel und Rom auf die deutsche Denkschrift erteilten Antworten einen Mißerfolg der Reichsregierung bedeuten, verkennt völlig den Zweck dieser Aktion der Regierung, die niemals erzwungen hat und erwarten konnte, daß die Denkschrift Zustimmung beantwortet werden würde.

Für die Reichsregierung handelte es sich darum, das geplante große Friedensfest nicht zu begründen, ohne nach einem deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß sich Deutschland an den Verfall der Schuldverhältnisse moralisch nicht gebunden fühlt, und seinen Verhandlungsgenossen mit dem Anspruch voller Gleichberechtigung und Gleichberechtigung gegenübertritt. Eine Zurückweisung des gegen Deutschland erhobenen Vorwurfs mußte um so mehr erneut gefordert, als die bekannte Erklärung des Reichsanwalters Marx vom 29. August 1924 noch nicht zur amtlichen Kenntnis der Verhandlungsgenossen gebracht war.

### Der Schritt war ferner gerade jetzt geboten, weil der Gehalt des Schriftstückes von den Alliierten mit dem Völkerbundgebankten verbunden worden ist und, wie in der deutschen Denkschrift vom September 1924 bereits betont wurde, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund nicht denkbar ist, wenn er als schuldlos gegenüber dem Völkerbund geachtet werden könnte.

Das Ziel der Reichsregierung ist trotz der Antworten auf die Denkschrift erreicht, denn gegenüber der Verleumdung ist, welches in den Verhandlungen der wissenschaftlichen Forschung, insbesondere an der Aufhebung der deutschen Auswärtigen Ämter vorüberzugehen.

Auch weiterhin wird die Reichsregierung bei allen politischen Auseinandersetzungen den Standpunkt wahrnehmen, daß Deutschland niemals einen politischen Pakt vollziehen kann, der als moralische Belastung anzusehen wäre. Bei etwaigem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund aber auch sonst wird dieses den anderen Staaten gegenüber den Verfall der Verträge zum Ausdruck gebracht werden.

### Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Vom Völkerbundrat ist einleitend auf Antrag des Franzosen Loucheur die Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz beschlossen worden, zu der auch diejenigen Mächte eingeladen werden sollen, die dem Völkerbund nicht angehören. — Reichsministerpräsidenten haben die Gedanken, doch hat im Raume ließen sich die Säden. Dieses Richtmüßigkeit angelehrt der in allen Ländern überhand nehmenden Schuldlagen Tendenzen auch von diesem Konferenzgedanken.

Von einem Fortschritt der noch schwebenden Verhandlungen zwischen den Berliner und französischen Delegierten ist nichts zu berichten. Als günstiges Vorzeichen für das Zustandekommen eines deutsch-französischen Handelsvertrages sind vielleicht der Berliner Besuch des russischen Außenministers Litvinoff und die anschließenden Verhandlungen zu betrachten, die zwischen dem Berliner Delegierten und der russischen Handelsdelegation in Berlin über einen Auslaß zu gewährenden Hundertmillionen freit wurden.

Vom 1. Oktober an sind fast alle deutschen Einfuhrzölle vorübergehend gestiegen, auch die Einfuhr von ausländischen Automobilen ist zu diesem Termin freigegeben worden. Die englische Raumwollindustrie begrüßt mit besonderer Befriedigung den Fortfall des Einfuhrzollens für Textilwaren. Der neue deutsche Zolltarif tritt am 1. Oktober in Kraft mit Ausnahme der Weinzölle, die erst vom 16. Oktober ab in ihrer neuen Gestalt erhoben werden.

Zugleich wurde vom 1. Oktober ab die Umsteuerung auf 1 Proz. und die Zerstörersteuer auf 7 1/2 Prozent ermäßigt. — Damit kommen wir dem wieder zu der von der Reichsregierung einseitig verhängte Zölle an.

Man muß zugeben, daß das Reichswirtschaftsministerium wenig bemüht ist, das von dem Reichstag beschlossene Verbot der Preisänderungen einzuhalten. Eine Konferenz jagt jolowigen die andere, aber herausgefunden ist dabei bisher nicht, was nicht allzuviel. Nachdem Reichspräsident Hindenburg in der Kabinettsitzung vom 24. September dem Reichswirtschaftsministerium gegenüber eindringlich zum Ausdruck gebracht hat, daß alles nur irgend Mögliche gechehen müsse, zur Senkung der Preise hat das Reichswirtschaftsministerium eine längere Darlegung über den Erfolg seiner bisherigen Bemühungen gemacht, die weiter gegebenen Maßnahmen veröffentlicht.

Danach haben die Verhandlungen mit den Besonderen nicht nur zur Zurücknahme von sechs wichtigsten Preissteigerungen in einzelnen Fällen geführt, sondern auch zu Preisveränderungen, und vom 1. Oktober ab sind weitere Preisänderungen eingetreten. Es sind für Kohlen, Eisenblech, Kupfer, Eisenbahnmaterialien und Zement. In den meisten Fällen geht allerdings die Preisermäßigung kaum über den Satz von 1 Prozent hinaus, um den die Umsteuerung ermäßigt.

Gegen die Kartelle, die gemeinschaftliche Preisbindungen stiften, will die Regierung weiter energisch vorgehen. Sie versucht es aber auch mit freiwilliger Ueberzeugung, und glaubt, daß es bereits zu bedeutenden Verbänden in der gewerkschaftlichen Bewegung in dem Gebiete der Ernährung soll nach Angabe der Regierung Vorzüge getroffen sein, daß der Prototyp der fiktionalen Getreidepreise folgt. Die Verbraucher haben davon allerdings noch so gut wie gar nichts gemerkt. Auch die Preissteigerungen sind noch nicht gestiegen, wenngleich sie „fortdauernd kontrolliert“ werden.

Somit ist noch zu ergänzen, daß die Reichsbahn-Gesellschaft die Frachttarife für die wichtigsten Transportmittel, allerdings nicht für Vieh und Getreide, um 10 Prozent erhöht hat. Mit den Kommunen werden Verhandlungen wegen der Preise für Gas, Wasser und Elektrizität aufgenommen worden. — Das private Bankgewerbe hat die Kredit- und Kassenpolitik in Höhe von 1. Oktober ab um 20 Prozent (von ein Viertel auf ein Drittel, monatlich) ermäßigt. Die Guthaben- und Schuldenzinsen bleiben jedoch unverändert. — Wenn die Preissteigerungen, um doch etwas aus dem Gebiete der Preissteigerung zu tun, die Preise für auf weiteres unverändert gelassen hat, so will das wenig bedeuten, gegenüber der Tatsache, daß laut Reichsstatistik die Preise in doch bis zum 1. April nächsten Jahres die volle Höhe der Friedenspreise erreicht haben muß.

### Neue Preisermäßigungen.

Die Rheinisch-Westfälische Zinkblechindustrie, Vereinigung in Düsseldorf hat in Verbindung mit dem Verband Deutscher Zinkblech-Werke in Berlin die Lagerpreise wiederum um 2 Prozent für den Doppelgewicht erhöht, nachdem die letzte Preisermäßigung erst am 22. September eingetreten war. Auch der Preis für Zuteilfabrikate ist abermals gesenkt worden.

Viel Staub aufgewirbelt hat eine Mitteilung des Reichswirtschaftsministeriums, daß das Reichsarbeitministerium die Schlichterorganisationen haben soll, vorläufig keine Lohnverhandlungen zu genehmigen. Der Arbeit-

### Ein Vertrag mit Sowjetrußland.

Amlich wird mitgeteilt:

Zur Unterzeichnung des deutsch-russischen Vertragswerks hat das Reichsoberhaupt in seiner seitigen Abordnung die geschäftliche Zustimmung erteilt. Das gesamte Vertragswerk enthält folgende zur Regelung der beiderseitigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen wichtige Einzelabkommen: Ein Handelsabkommen, ein Wirtschafts-, ein Seeschiffahrts-, ein Eisenbahn-, ein Eisenbahnabkommen, ein Abkommen für gemeinsame Wirtschaft sowie im Zusammenhang über Handelsbeschränkungen; außerdem ein Konjunktur- und Wirtschaftsabkommen und ein Nachlassabkommen.

Zur endgültigen Festlegung der Vertragsurteile, sowie zur Verabredung über einige noch offen gebliebene Punkte, begibt sich eine unter Führung des Vorsitzenden der deutschen Delegation, Herrn von Koerner, bestehende engere Kommission nach Teine auf die Dauer der juristischen Mit der Erledigung dieser Aufgabe sowie mit der Unterzeichnung ist in kürzester Frist zu rechnen.

Wenn auch einige Teile des gesamten Vertragswerks, insbesondere das Wirtschaftsabkommen, angelehnt der durch die Verhältnisse bedingte der beiderseitigen Wirtschaftssysteme bedingten Bemühungen noch keine auf die Dauer befriedigende Lösung der bestehenden Schwierigkeiten bringen, so stellt die auf breiter Rechtsgrundlage geschaffene umfassende Regelung der beiderseitigen Beziehungen doch gegenüber dem bisherigen unregelmäßigen Zustände unübersehbare Vorteile dar. Als eine solche ist die Herstellung freundschaftlich-wirtschaftlicher Beziehungen, geeignete Einleitung kann der Vertragsunterzeichnung daher auch vom Standpunkt der deutschen Wirtschaft angesehen werden.

Es kann darüber hinaus als wertvoller Ausgangspunkt für weitere wirtschaftliche Abmachungen betrachtet werden, sobald genügende Erfahrungen über die praktische Auswirkung des Vertragsunterwerkes vorliegen. Die Bestimmungen über die Geltungsbauer der einzelnen Abkommen werden auch die Möglichkeit geben, zu gegebener Zeit auf Grund der bis dahin gemachten Erfahrungen.

führungen die jetzigen Vereinbarungen zu verbessern.

Die Tragweite des nach mitzuteilen, mehr als zweijährigen Verhandlungen zustandekommenden Vertragswerks ist um so größer, als Deutschland das erste Land ist, das eine so umfassende Regelung mit der Sowjetrepublik trifft. Das Vertragswerk ist ein bedeutendes Beispiel für die engen Beziehungen beider Länder auszuweisen und in gemeinschaftlicher Arbeit den beiderseitigen Wohlaufbau zu fördern. Es ist ein besonders glückliches Zusammentreffen, daß die Einleitung der Reichsregierung über das Vertragswerk dem in Berlin anwesenden Volkskommissar, Herrn Litvinoff, persönlich bekanntgegeben werden konnte.

Es bedarf kaum der Hervorhebung, daß die wirtschaftliche Einigung mit Sowjetrußland angelehnt der gegen Sowjetrußland gerichteten Tendenzen der englischen Sicherheitspolitik auch eine außerordentlich große politische Bedeutung haben. Sie beweisen, daß die Reichsregierung nicht genügt ist, sich einseitig gegen Rußland einpannen zu lassen, sondern ihre außenpolitische Selbständigkeit zu wahren.

In England ist man über den Handelsvertragsabluß mit Rußland und die weiteren Verhandlungen mit dem russischen Außenminister Litvinoff sehr beunruhigt. Aber das ist gut so. Die Herren in London und Paris sehen nun, daß sie nicht mehr einfach diktieren können, sondern auch etwas bieten müssen.

Eintweilen dürften die Sicherheitspolitikerhandlungen durch den Abluß mit Rußland allerdings etwas schwächer geworden sein. Wir müssen uns hüten, daß die Antwort Englands nicht ein gegen uns und Rußland gerichtete Bündnis mit Frankreich wird. Bei den ersten Gelegenheiten beider Staaten besonders im Mittelmeergebiet dürfte das aber bei einiger Geduldhaftigkeit der deutschen Diplomaten zu vermeiden und das Endergebnis sein, daß England uns nicht isoliert zu werden, wertvolle Zugeständnisse machen muß.

### Abreise der deutschen Delegation nach Locoarno.

Reichsanwalt Dr. Lutzer und Reichsminister des Reichens Dr. Stresemann haben sich gestern abend mit ihrer Begleitung mit dem folgenden Tagesprogramm nach Locoarno begeben. Der Herr Reichspräsident ließ dem Herrn Reichsanwalt und dem Herrn Reichsminister durch den Staatssekretär Dr. Wegner seine besten Wünsche für ihre Arbeit auf der Konferenz ausprechen.

### Auch die Rappolitik Englands ist ein Bestandteil der britischen antipolitischen Tätigkeit.

Daher bildet Rußland mit steigender Betätigung auf die Haltung Deutschlands, das mehr und mehr in das Fahrwasser der englischen Pläne einleitet. Die wichtigsten Fragen in diesem Zusammenhang bilden die Artikel 16 und 17 des Völkerbundpaktes, die das Mittel seien, mit dem Deutschland gegebenenfalls zur Teilnahme an einer Koalition gegen Rußland gezwungen werden sollte.

### Die Labourparty gegen die Kommunisten.

Liverpool, 2. Oktober. Während der den Parteitag der englischen Arbeiterpartei abfolgenden Debatte griff der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes Smith die Kommunisten heftig an. Er sagte: Der Kommunismus kann uns nicht das gleiche erreichen. Die Kommunisten, die ihr eigenes Revolutionsgesetz haben, nicht den Kampf um die Arbeit als ein Ziel haben, sie haben das Recht, die Bergarbeiter abstimmen zu lassen und weiß, daß sie im Verhältnis von 12 zu 1 gegen den Kommunismus kämpfen werden.“

### Titlischerin über England.

Ein Berliner Blatt veröffentlicht eine Unterredung eines Mitarbeiters mit dem russischen Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Litvinoff. Litvinoff erklärte, daß die eigentliche Komplikation der großen Politik im wesentlichen der englischen Feindschaft gegen die Sowjetunion entspringe, die alle Aktionen maßgeblich beeinflusse. Die Formen, in denen sich diese Politik gegen Sowjetrußland betätigt, seien weniger militärischer Art, sondern vielmehr die politische und wirtschaftliche Einleitung Rußlands.

